

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

10. JAN 1962

5. JAHRGANG / Nr. 36

LEIPZIG, 5. SEPTEMBER 1961

Preis 15 Pf.

Aus dem Referat des Genossen Böhme auf der Funktionärberatung in Dahlen (Seiten 3, 4 und 5)

Wir danken der Arbeiterklasse mit unserem Wirken für den Friedensstaat!

Erklärung des Akademischen Senats der Karl-Marx-Universität

Am 29. August 1961 lagte unter Vorsitz des Rektors, Prof. Dr. h. c. Georg Mayer, der Akademische Senat der Karl-Marx-Universität.

Der Rektor gab einleitend einen umfassenden Überblick über die gegenwärtige politische Lage und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Angehörigen der Karl-Marx-Universität.

In der sich anschließenden Aussprache ergreifen 15 Mitglieder des Senats das Wort und bekundeten ihre Zustimmung zu dem am 13. August 1961 von der Regierung der DDR beschlossenen Maßnahmen und zu den Ausführungen des Rektors.

Im Ergebnis der Diskussion stimmte der Akademische Senat einstimmig der nachstehend veröffentlichten Erklärung zu.

Der Senat erörterte ferner den bevorstehenden Ernteeinsatz der Studenten. Er appelliert an das Verantwortungsbewusstsein und die staatsbürgerliche Pflicht der Studenten der Karl-Marx-Universität, ihre ganze Kraft für die verlustlose Einbringung der Ernte einzusetzen. Der Senat beschloß entsprechende Maßnahmen. (Siehe Seite 2)

Der Akademische Senat macht sich zum Sprecher der über 23 000 Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten der Karl-Marx-Universität, indem er im Bewußtsein seiner geschichtlichen Verantwortung in der heutigen Sitzung seine tiefe Genugung und seine uneingeschränkte Zustimmung zu den jüngsten Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck bringt. Die klug durchdachten und mit wissenschaftlicher Präzision verwirklichten Maßnahmen unserer Staatsmacht sind mit ihren Auswirkungen ein im Augenblick in seinem vollen Umfang noch nicht abschätzbarer Beitrag zur Sicherung des Friedens sowie der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit wachsender Besorgnis haben wir verfolgt, wie die herrschenden Kreise in den USA im Bunde mit den reaktionären Mächtegruppen in Westdeutschland hartnäckig auf die Unterminierung unseres Friedensstaates hinwirken, die bestehenden politischen Spannungen verschärfen, die gesamte Aufbruchstimmung und so die Gefahr eines dritten Weltkrieges heraufbeschwören.

Eine Vielzahl konstruktiver Vorschläge unserer Regierung für Abrüstung, Verständigung und Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes wurden ignoriert bzw. verworfen. Statt dessen bedienten sich die Feinde unserer Republik — unter Ausnutzung der bis zum 11. August offenen Gütergrenze — so verwerflicher Praktiken wie des Menschenhandels, wirtschaftlicher Übermanöver, der Lüge und Verleumdung.

Nachdem sie auf diese Weise den Boden vorbereitet glaubten, wollten die Bonner Ullrich im Herbst dieses Jahres einen Bürgerkrieg zwischen den beiden deutschen Staaten entfesseln. Dies ist das Ziel der Bonner Regierung, für die nach einem Ausspruch des Bonner „Verteidigungsministers“ Strauß trotz der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 der zweite Weltkrieg noch nicht beendet ist und die die Staatsgrenze des Deutschen Vaterlandes von 1938 wieder hergestellt wissen möchte.

Diese hinterhältigen Pläne hat die Deutsche Demokratische Republik gestützt auf das Vertrauen und die feste Geschlossenheit der Werktätigen sowie auf die unverwundliche Treue der Warschauer Vertragsstaaten, durch ihre Maßnahmen am 13. August dieses Jahres durchkreuzt. Für diese mutige und entschlossene Tat, die den Frieden in Deutschland und in Europa gesichert hat, die den Friedenskräften in Ost und West neuen Auftrieb und neue Zuversicht gibt und damit den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1961 fördert — für diese Tat, die gleichzeitig das Jahre Kräfteverhältnis in der Welt sichtbar werden ließ und eine neue günstige Ausgangsposition für die friedliche Lösung aller noch offenen Probleme geschaffen hat, danken wir, denen die Pflege der Wissenschaft anvertraut ist, der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik, ihren bewaffneten Kräften und ihrer Regierung. Besonders herzlichen Dank erweisen wir dem Vorsitzenden des Staatrates der Deutschen Demokratischen Republik und Ersten Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht.

Ansichts der Schamhaft von Lüge und Verleumdung gegen den würdigsten Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik bekunden wir dem Freund und Helfer der Karl-Marx-Universität, dem Genossen Walter Ulbricht, tiefempfundene Gefühle des Dankes, der Verehrung und des Vertrauens in seine von tiefstem Verantwortungsbewußtsein getragene Staatsführung.

Wir verbinden unseren Dank mit der Versicherung, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um in Lehre, Forschung und Erziehung noch wirkungsvoller für die Sache des Friedens, des Sozialismus und damit für das Glück und den Wohlstand des deutschen Volkes einzutreten. Unser Staat bietet hierzu alle materiellen und moralischen Voraussetzungen, während der kirchlich-militaristische Bonner Oberligensstaat die Wissenschaft ihrer humanistischen

tigen Lage Unterstützung der volkstümlichen Bonner Kriegspolitik. Der deutsche Militarismus konnte nicht zuletzt deshalb zwei Kriege führen, weil ihn die Mehrzahl der Wissenschaftler aktiv oder passiv unterstützte.

Die Angehörigen der Karl-Marx-Universität haben ihre Entscheidung getroffen. Sie kennen die Perspektive des Friedens, der wahren Freiheit, der realen Demokratie und der echten Menschlichkeit, die nur unter den Bedingungen des Sozialismus zu verwirklichen ist. Der Akademische Senat erwartet von allen im wissenschaftlichen Bereich Tätigen, daß sie entsprechend dem hohen Rang der Sowjetwissenschaft und im Hinblick auf die weitestestreckten Ziele des neuen Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion es als vornehmstes Anliegen betrachten, sich diese anzueignen und den Studierenden zu vermitteln.

Der Akademische Senat begrüßt die Initiative der Fakultäten, Institute und Kliniken, die darauf gerichtet ist, unsere Universität vor den Bonner Menschenhändlern und vor westlichen Störmaßnahmen zu schützen. Er unterstützt die Bemühungen des unter Vorsitz des Mitgliedes des Senats und Dekans der Fakultät für Journalistik, Prof. Dr. Budzislawski, gebildeten Universitätskomitees zum Schutze der Bürger und zum Kampf gegen den Menschenhandel sowie die an den Fakultäten, Instituten und Kliniken gebildeten Komitees. Gleichzeitig beauftragt der Senat die unter der Leitung von Prof. Dr. Neils stehende zentrale Arbeitsgruppe, im Zusammenwirken mit den wissenschaftlichen Instituten und Kliniken geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Karl-Marx-Universität bis Ende Oktober 1961 gegen alle Störversuche zu sichern. Hierzu gehören auch die Bemühungen, unsere Arbeit auf dem Gebiete der Forschung und Lehre und insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens von westdeutschen Importen tunlichst unabhängig zu machen.

Der Akademische Senat spricht allen Jugendlichen und Studenten der Karl-Marx-Universität, die sich bereit erklärt haben, den Ehrendienst in den bewaffneten Kräften aufzunehmen, seinen Dank aus. Er erwartet, daß sich jeder Jugendliche zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes zur Verfügung stellt. Gleichzeitig aber spricht der Akademische Senat den Studenten seine schärfste Mißbilligung aus, die entgegen der von ihnen eingegangenen Verpflichtung, an der Reservistenausbildung ohne einen zwingenden Grund nicht teilgenommen haben.

Im Studienjahr 1961/62 kommt es darauf an, in Lehre und Forschung höchste wissenschaftliche Leistungen zu erstreben. Die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Arbeit noch schneller in die Praxis einzuführen und in der sozialistischen Erziehung aller Studierenden weitere Fortschritte zu erzielen. Der Akademische Senat betont in dieser ersten Stunde einmal mehr die Pflicht aller Mitglieder des Lehrkörpers, die Studierenden zu wissenschaftlich durchgebildeten, unserem Arbeiter- und Bauernstaat treu ergebenen Persönlichkeiten und zu aktiven Kämpfern gegen Militarismus und Krieg zu erziehen.

Schließlich gibt der Akademische Senat seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß sich aus Anlaß der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen eine breite Bewegung von individuellen und Kollektivverpflichtungen entwickelt hat und so die Angehörigen der Karl-Marx-Universität am 17. September nicht mit leeren Händen an die Wahlen treten. Der 17. September 1961 wird sich, dessen ist der Akademische Senat sicher, zu einem eindrucksvollen Bekenntnis der Karl-Marx-Universität zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat, zu den hohen Zielen seiner Politik, zur Sache des Friedens, der Völkerverständigung und des Sozialismus gestalten.

STERNSTUNDEN

Immer die Schranken zerstörend, die ihm der Augenblick stellt, immer das Wissen vermehrend, baut der Mensch seine Welt.

Graßes, das immer gefunden, Glück, das des Werkes Gewinn — lebt's doch als „Sternstunden“ durch die Jahrhunderte hin.

Du und Dein Schiff, so bewundern, vom Sozialismus gelenkt, habt uns ein Vierthundert Sternstunden geschenkt.

Kraft, die in kosmische Ferne schießt, die den Menschen gebrocht, Glück uml — auf unserem Sterne hält sie dem Frieden die Wacht.

Dieses Gedicht ist dem ruhmreichen sowjetischen Fliegermajor Gernon Titow, der am 4. September die Stadt Leipzig besuchte, gewidmet.

Aufgabe zu, entfremden und sie in zunehmendem Maße zu mißbrauchen versucht.

Auch für die, die sich dem hohen Beruf der Wissenschaft und ihrem obersten Ziel, der Erkenntnis der Wahrheit, verschrieben haben, gilt, was Walter Ulbricht am 18. August ausführte:

„Es gibt Deutsche, die ihr ganzes Leben dem Krieg und den Zielen des Imperialismus widmeten.“

Die Wissenschaftler unserer Republik stellen in ihrer überwältigenden Mehrheit immer bewußter — die Lehren aus der Geschichte ziehend — ihre Arbeit in den Dienst des Friedens und unseres sozialistischen Aufbaus. Auf der anderen Seite gibt es in Westdeutschland Hochschullehrer und Forscher, die sich, bewußt oder unbewußt, bedingungslos der Kriegsvorbereitung, dem Faschismus und Revanchismus ergeben haben. Mit ihnen kann es keinerlei Zusammenarbeit geben. Dagegen reichen wir den westdeutschen Kollegen die Hand, die als Gelehrte aus echtem wissenschaftlichem Ethos ihre Stimme für den Frieden, für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten, gegen Militarismus und Krieg erhoben. An die westdeutschen Kollegen an den Universitäten und Hochschulen, die noch in Verkennung des Ernstes der Lage und aus einem gefährlichen Neutralismus heraus einer Entscheidung glauben ausweichen zu können, richten wir in zwölfster Stunde den dringenden Appell:

Ergreifen Sie Partei für die Sache des Humanismus, des Friedens und des sozialen Fortschritts! Die Vernunft setzt sich nach zu keiner Zeit im Selbstlauf durch. Kompromiß und Ausweichen vor der Alternative dient, wie die an Leid überreiche deutsche Geschichte beweist, den reaktionären Kräften aller Schattierungen und bedeutet unter den Bedingungen der heu-

Der Akademische Senat der Karl-Marx-Universität

- Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer, Rektor
- Prof. Dr. Dr. h. c. Anton Arland, Prorektor
- Prof. Dr. Ernst Werne, Prorektor
- Dozent Dr. Horst Mühlke, Prorektor
- Hans-Joachim Böhme, Erster Sekretär der SED-Parteileitung
- Hubert Jusek, Verwaltungsdirektor
- Prof. Dr. Werner Bahner, Prodekan der Philosophischen Fakultät
- Prof. Dr. Hedwig Voigt, Prodekan der Fakultät für Journalistik
- Prof. Dr. Gerhard Harig, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
- Prof. Dr. Albrecht Heinze, Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

- Dozent Dr. Richard Hähner, Prodekan der Juristenfakultät
- Prof. Dr. Fritz Hauschild, Prodekan der Medizinischen Fakultät
- Prof. Dr. Rudolf Neundorff, Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät
- Prof. Dr. Otto Rosenkranz, Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät
- Gerhard Müller, Direktor der Arbeiter- und Bauern-Fakultät
- Prof. Dr. Dr. Wolfgang Gertler
- Prof. Dr. Gerhard Richter, Vorsitzender der Universitäts-Gewerkschaftsleitung
- Prof. Katharina Harig, Direktor des Herder-Instituts
- Prof. Hugo Müller, Direktor des Instituts Kreisleitung Karl-Marx-Universität



Rund 2500 neuimmatrikulierte Studenten kamen zu Beginn der vergangenen Woche in das Geschwister-Scholl-Haus zur Einschreibung. Wir wünschen den neuen Studenten viel Erfolg für ihr Studium an unserer Karl-Marx-Universität. Foto: Profecher

Zur Rettung des Friedens

Prof. Dr. Aresin, Prof. Dr. Zweiling und Prof. Dr. Eisenbuth zur Erklärung der Sowjetregierung / Briefe bringen Zustimmung der Universitätsangehörigen zum Ausdruck

An der Erklärung erscheint uns zuerst einmal besonders hervorhabenswert die Tatsache, daß betont festgestellt wird, daß die Streitkräfte der UdSSR niemals als erste Waffen und Kernwaffen anzuwenden werden. Diese Tatsache erscheint uns deshalb so wichtig, weil damit die Frage, wer überhaupt als Aggressor des Friedens betrachtet werden kann, klar gestellt ist. Der Arzt ist sehr oft gezwungen, Operationen vorzunehmen, die das Leben retten. Die Operation als solche mag nicht angenehm sein, sie ist aber notwendig, und besonders notwendig im Interesse der Erhaltung des Lebens des Patienten. Wir müssen uns im klaren sein, daß heutzutage im atomaren Zeitalter, in Zeitalter einer bestimmt nicht von der Sowjetregierung aufrecht erhaltenen

Diese Maßnahmen, die in der Erklärung der Sowjetunion im Detail aufgeführt sind, haben den Zweck und sind geeignet, Millionen Menschen vor einem noch einmaligen sinnlosen Sterben zu retten. Dieser Schritt der Sowjetunion ist gleichzeitig ein Beweis der Stärke und der Überlegenheit des Friedens im eigenen Interesse anstrebbenden sozialistischen Lagers. Wir sehen die Notwendigkeit dieses Schrittes ein, und weil er der Erhaltung des Friedens dient, begrüßen wir ihn und werden ihn tatkräftig unterstützen.

Prof. Dr. med. N. Aresin
Direktor des Instituts für Frauenklinik
Prof. Dr. Klaus Zweiling
Direktor des Instituts für Philosophie
Präsident der Vereinigung der Philosophischen Institutionen der DDR

Großveranstaltung
am Freitag, dem 15. September 1961,
20 Uhr, im Capitol; Vorstellung der Angehörigen der Karl-Marx-Universität, die zu den Wahlen am 17. September kandidieren.
Anschließend Film: Der Traum des Hauptmann Ley.
Zentraler Frauenausschuß
Universitäts-Gewerkschaftsleitung

Kriegshysterie es nur möglich ist, den Frieden zu sichern, in dem man der Störkräfte ist. Es würde also, an einem Beispiel gesehen, so aussehen, daß man als friedliebender Mensch einen Angreifer und damit Verbrecher nur in Schach halten kann, wenn man ihm in jeder Art und Weise überlegen ist. Seit Jahren laufen die Vorschläge der Sowjetunion auf eine allgemeine Abrüstung hinaus. Sie wurden in verschiedenen Gremien intensiv vertreten. Die Sowjetunion hat auch einseitig ihre Kernwaffenversuche eingestellt. Trotzdem wurden von seiten der Kriegstreiber in der ganzen Welt und der Kriegsinteressierten durch verschiedene Ausreden Ausweichmöglichkeiten für die Rüstung und Kamandung geschaffen und werden weiter vorwärts getrieben. Ein Halt ist nur dann möglich, wenn die Sowjetunion als mächtigster Repräsentant des Friedens genügend stark ist, um sämtliche Versuche, einen Krieg zu entfesseln, allein durch die Existenz der Stärke zu verhindern.

„Wiederholt hat die Sowjetunion den Westmächten Vorschläge für einen Friedensvertrag für ganz Deutschland unterbreitet. Am 18. September 1959 schlug N. S. Chruschtschow den Vereinten Nationen ein Programm vor, das eine vollständige Abrüstung vorsah. Ein aus Vertretern aller Staaten gebildetes Kontrollgremium sollte darüber wachen, daß dieses Programm in vier Jahren abgewickelt würde. Die Sowjetunion zeigte hier ihren aufrichtigen Friedenswillen in großzügiger Weise. Es ist für uns unverständlich, daß ein solches Angebot nicht angenommen wurde. Statt dessen verhärteten sich die Fronten immer mehr. Fünfzehn Jahre wartet das deutsche Volk auf einen Friedensvertrag. Es wartete nicht nur, sondern es kämpfte dafür und mit uns alle friedliebenden Völker, an der Spitze die Sowjetunion. Wenn heute der Kampf so weit geht, daß die Sowjetunion die Kernwaffenversuche wieder aufnimmt, so nicht, um dem Schrecken eines Krieges zu dienen, sondern abschreckend zu wirken im Hinblick auf einen Krieg.“

Wir können es daher nur dankbar begrüßen, wenn die Sowjetunion alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte einsetzt, um uns den Frieden zu erhalten und uns den langerehnten Friedensvertrag ermöglicht.“

Prof. Dr. Eisenbuth,
Direktor des Instituts für Sonderkulturen
(Fortsetzung auf Seite 2)